

Ethnopolitische Konflikte in Osteuropa und die OSZE

Eine vorläufige Bilanz

Der Zeitraum zwischen dem Fall der Berliner Mauer und dem Beginn der serbischen Kriege um die jugoslawische Erbfolge bzw. der Implosion der Sowjetunion war für die „alte“ KSZE zu kurz, als daß dieser damals kaum institutionalisierte Regierungszusammenschluß wirksam darauf hätte reagieren können. Erst das Helsinki-II-Dokument vom Sommer 1992 mit seinen Beschlüssen zur Stärkung der KSZE-Institutionen und -Strukturen, zur Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten und zu Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie friedlicher Beilegung von Streitfällen legte die Grundlage für eine „neue“, reaktionsfähigere KSZE (seit 1. Januar 1995: OSZE). Von nun an entstanden Instrumente, mit denen einige negative Wirkungen der sich wechselseitig bedingenden Prozesse von Staatenzerfall und Nationenbildung in Osteuropa eingedämmt werden konnten. Ethnopolitische Konflikte innerhalb der neu-alten Staaten sowie Kriegsursachen zwischen ihnen versuchte die KSZE rechtzeitig zu erkennen, um sie anschließend entweder selbst mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln oder aber im Verbund mit anderen internationalen Partnern zu verhindern; dort, wo bereits Gewalt eingesetzt wurde, bemühte sie sich um eine Rückverlegung des Streites an den Verhandlungstisch; und in post-kriegerischen Situationen bot sie sich als Vermittler für dauerhafte Friedenslösungen an.

Im Ergebnis einer mehrjährigen Phase des Suchens, Ausprobierens und Verwerfens einer Reihe ganz unterschiedlicher Aktionsformen, Mechanismen, Instanzen und Subgremien haben sich im OSZE-Rahmen bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa drei Ebenen bzw. Institutionen als maßgeblich herausgestellt. Dies sind erstens der aus den Ständigen Vertretern der derzeit 55 OSZE-Mitgliedsstaaten bestehende Ständige Rat. Zweitens ist dies der ob seines breiten Mandates eine innerhalb des OSZE-Gremien- und Institutionengefüges weitgehend unabhängige Stellung einnehmende Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten. Und drittens sind dies die Langzeitmissionen, die die OSZE in mehr als einem Dutzend Krisenherden unterhält und die über ein sogenanntes Konfliktverhütungszentrum an die Wiener Zentrale, das OSZE-Sekretariat, angebunden sind. Koordinierungs- und Führungsinstanz all dieser Untergliederungen und -ebenen ist dabei der Amtierende Vorsitzende, d. h. der Außenminister des den Vorsitz innehabenden Mitgliedsstaates. Da dieser Vorsitz jährlich wechselt und Kontinuität somit nur bedingt gewährleistet ist, stehen dem Amtierenden Vorsitzenden sein Vorgänger sowie sein Nachfolger zur Seite, mit denen er die sogenannte Trojka bildet; desgleichen wird er von einem auf jeweils drei Jahre bestellten Generalsekretär unterstützt.

Der Ständige Rat

Das die weitgehend auf Osteuropa bezogene Alltagsarbeit der OSZE tragende Gremium ist der Ständige Rat, vormals Ständiger Ausschuß bzw. „Wiener Gruppe“ genannt. Die vom Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden geleiteten donnerstäglichen regulären Sitzungen in der Wiener Hofburg, die ebenfalls wöchentlichen informellen Zusammenkünfte dieses Gremiums, problemorientierte Kontakt-, Regional- und andere Untergruppen sowie vertrauliche Zirkel und Gesprächsrunden am Rande bilden das wichtigste, da permanent tagende Diskussions-, Konsultations- und Entscheidungsforum der OSZE. Dem Ständigen Rat erstatten die Leiter der Langzeitmissionen, der Hohe Kommissar und andere OSZE-Funktionsträger regelmäßig Bericht; der Rat entscheidet über die Entsendung neuer Missionen sowie über die Verlängerung und Neuformulierung der Mandate existierender Missionen; dem Rat tragen die Mitgliedsstaaten drängende Probleme untereinander vor und verhandeln Streitfragen kontrovers; hier werden Entscheidungen vorbereitet und gefällt; und vor allem wird hier über den Haushalt beschlossen. Der Ständige Rat löst damit zunehmend den vormals so gewichtigen, aber mittlerweile nur alle vier Monate tagenden Ausschuß Hoher Beamter (seit 1995: Hoher Rat) ab. Innerhalb des Ständigen Rates gibt es formalisierte Gruppierungen wie etwa diejenige der EU-Staaten, aber auch informelle Zusammenschlüsse etwa der turksprachigen Mitgliedsstaaten. Weitere Macht- und Meinungspole sind die GUS mit der Rußländischen Föderation an der Spitze und natürlich die transatlantischen Mitglieder USA und Kanada. Entsprechend stehen die kleineren und neutralen Staaten unter starkem Anlehungsdruck.

Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten

Das Amt des mit einem umfassenden Mandat und beträchtlicher Unabhängigkeit von der Wiener Zentrale der OSZE ausgestatteten Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten wird seit seiner Einrichtung Anfang 1993 von dem ehemaligen niederländischen Außenminister Max van der Stoel versehen. Schwerpunkte seiner von Den Haag aus betriebenen Tätigkeit sind die Eindämmung steigender interethnischer Spannungen und die Prävention ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa mittels Beratung, Vermittlung und Empfehlungen an die Konfliktparteien, nicht hingegen die gleichsam im Mandat vorgesehene Frühwarnung an den Ständigen Rat samt *early action*. All dies geschieht in der Regel hinter verschlossenen Türen; lediglich ein Teil der Empfehlungen an OSZE-Mitgliedsregierungen sind bislang veröffentlicht worden.

Derzeit ist der Hohe Kommissar mit Fragen der griechischen Minderheit in Albanien, der slowakischen Minderheit in Ungarn, der ungarischen Minderheiten in der Slowakei und Rumänien sowie den interethnischen Beziehungen in Kasachstan und Kyrgyzstan befaßt. Hinzu kommen fünf weitere regionale Schwerpunkte, die zugleich von OSZE-Langzeitmissionen abgedeckt werden, nämlich die Lage der russischsprachigen Bevölkerungsteile in Estland und Lettland, der albanischen Minderheit in Makedonien, der serbischen Minderheit in Kroatien sowie die interethnischen Beziehungen auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim. Die osteuropaweite Behandlung der Lage der Roma ist mittlerweile einer neu eingerichteten „Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti“ innerhalb des ansonsten auf Wahlbeobachtung in Osteuropa spezialisierten OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau übertragen worden.

Der derzeitige Inhaber des Amtes des Hohen Kommissars, der innerhalb der OSZE als Idealbesetzung gilt, wird nicht müde, an die Wiener Zentrale zwei Mahnungen zu richten: „In Konfliktprävention investiertes Kapital ist gut angelegtes Kapital“ lautet das eine *ceterum censeo*, und „Wir müssen unser Augenmerk auf Langzeitentwicklungen richten, um künftige Krisen vorauszuahnen, und unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf bereits existierende Konflikte wenden“ das andere. So bereitwillig Max van der Stoel dabei seitens des OSZE-Apparates und der Mitgliedsregierungen zugestimmt wird, so zugeknöpft geben sich aber gerade die letztgenannten in finanzieller Hinsicht.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Hohen Kommissars ist die minderheitenpolitische Normsetzung im internationalen Bereich. Im Laufe seiner vierjährigen Tätigkeit haben für Max van der Stoel dabei sprach- und bildungspolitische Aspekte ausschlaggebende Bedeutung gewonnen. Dies hat ihn 1996 veranlaßt, mit Hilfe einer Expertengruppe zu „versuchen, in relativ direkter Diktation den Inhalt derjenigen Minderheitenrechte im Bildungswesen zu klären, die auf die Situationen, in denen der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten engagiert ist, generell anwendbar sind“ sowie diese in Form expliziter Vorschläge zur einschlägigen Gesetzgebung der OSZE-Mitgliedsstaaten zu veröffentlichen.

Seines nichtöffentlichen Charakters wegen entzieht sich der Großteil der Tätigkeit des Hohen Kommissars einer Beurteilung von außen. Unverkennbar jedoch ist das beträchtliche internationale Prestige, das sich Max van der Stoel im OSZE-Bereich erworben hat. Die Tatsache, daß selbst seine entschiedenen Widersacher im Kreise der Mitgliedsstaaten nicht offen aufzutreten wagen, belegt dies deutlich.

Die Langzeitmissionen

Die mittlerweile eingebürgerte Bezeichnung Langzeitmissionen – *Missions of Long Duration* bzw. *Long-term Missions* (zur Unterscheidung von kürzeren *Rapporteur*

Missions und Factfinding Missions) – ist insofern irreführend, als die Missionen zumindest *de iure* eben nicht auf lange Zeit entsandt werden, sondern ihre Dauer alle sechs Monate vom Ständigen Rat bestätigt werden muß. Diese im Regelfall aus einem halben bis mehreren Dutzend Diplomaten, Offizieren, Juristen, Ökonomen, Journalisten und Regionalfachleuten unterschiedlicher Altersgruppen, Geschlechter, Religion, Muttersprache, ethnischer Zugehörigkeit und Staatsangehörigkeit zusammengesetzten Missionen sind je nach Problemlage mit unterschiedlichen und mehrheitlich sehr flexiblen Mandaten ausgestattet. Sie reichen von bloßer Beobachtung zu Frühwarnzwecken über präventive bzw. nachsorgende Diplomatie und Vermittlungsangebote bis hin zu Krisenmanagement und friedlicher Streitbeilegung. Darüber hinaus sollen die Missionen nach Ansicht der schwedischen Amtierenden Vorsitzenden des Jahres 1992, Margareta af Ugglas, nach Möglichkeit auch die folgenden Funktionen erfüllen:

- „– als ‘Ombudsman’ für Gekränkte fungieren, Annahmestelle sein, wenn Konfliktparteien ihre Beschwerden über diejenigen, die örtlich oder landesweit die Macht ausüben, loswerden wollen,
- als die politischen Antennen der KSZE fungieren, die das leiseste Beben eines drohenden politischen Umsturzes oder einer militärischen Konfrontation registrieren,
- als Mittelsmann beim Herstellen von Kontakten zwischen den betroffenen Parteien sowie als Berater in verschiedenen Angelegenheiten wirken,
- Vermittler sein, die Konfliktparteien von den Vorteilen, dem Rahmen und den Details einer auf dem Verhandlungswege erreichten Konfliktregelung überzeugen.“

Die beiden ersten Missionen wurden im September 1992 in die jugoslawischen Nachfolgestaaten Republik Makedonien und Föderative Republik Jugoslawien in Marsch gesetzt. Während die *CSCE Spillover Monitor Mission to the Former Yugoslav Republic of Macedonia* unter der Bezeichnung *OSCE Mission to Skopje* bis heute tätig und um einen Ausgleich zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der großen albanischen Minderheit bemüht ist, mußten die *CSCE Missions of Long Duration to Kosovo, Sanjak and Vojvodina* ihre Einsatzgebiete im Juli 1993 wieder verlassen – die Belgrader Behörden verweigerten eine Visaverlängerung für die Missionsmitglieder. Allerdings gab es seit Anfang 1997 einen persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo. Es handelte sich um den Hohen Kommissar Max van der Stoel, der jedoch sein Ersatzmandat für die von Serbien hinauskomplimentierte Langzeitmission ebenfalls mangels Visaerteilung nur unzureichend wahrnehmen konnte. Auch sein Anfang März 1998 ernannter Nachfolger als Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Föderative Republik Jugoslawien, Felipe González, hat aufgrund fehlenden Belgrader Agréments seine Tätigkeit bislang nicht aufnehmen können.

Seit 1992 hat sich die Zahl der Langzeitmissionen vervielfacht. Derzeit unterhält die OSZE Missionen in Georgien, Moldova und der Ukraine – Arbeitsschwerpunkte sind hier die Krisenregionen Südossetien, Transnistrien und die Krim –, weiter in Estland und Lettland, wo die großen russischsprachigen Anteile der Wohnbevölkerung im Mittelpunkt stehen, in Tadschikistan, wo es um Konfliktlösung und um den Aufbau einer Zivilgesellschaft geht, und seit 1996 in Kroatien mit seiner serbischen Minderheit vor allem in der Baranja und in Westsyrmien. Ein Sonderfall ist die von der Rußländischen Föderation anfänglich nur widerstrebend geduldete Tschetschenien-Mission, die mit Rücksicht auf Moskauer Empfindlichkeiten offiziell lediglich als „OSZE-Unterstützungsgruppe“ firmiert. Ähnliches gilt für die Ende 1997 nach Weißrußland (Belarus') entsandte „OSZE-Unterstützungs- und Beobachtungsgruppe“. Gänzlich aus dem üblichen Missionsrahmen fällt die im Zuge des Dayton-Abkommens entsandte, mehrere hundert Mitglieder starke Mission in Bosnien und Herzegowina, die allein fast die Hälfte des OSZE-Haushaltes verschlingt. Und seit mittlerweile fünf Jahren in Planung befindet sich eine mehrere tausend Militärbeobachter umfassende Mission zur Überwachung des armenisch-aserbaidzhanischen Waffenstillstandes in Nagorno-Karabach.

Bislang ist keine der seit 1992 entsandten Missionen zurückgerufen worden, auch wenn Regierungen von Gastländern wie Estland, Ukraine und Makedonien darauf drängen, da sie den mit erheblichen Souveränitätseinbußen einhergehenden Aufenthalt einer OSZE-Mission als Stigmatisierung werten. Selbst aus OSZE-Sicht ist also in bislang keinem Fall das Missionsmandat dauerhaft verwirklicht worden. Hier befindet sich die OSZE in der Falle ihrer eigenen Flexibilität: Die Mandate sind sämtlich so elastisch formuliert, daß nahezu jede Gefahr für die innere und äußere Sicherheit des Gastlandes Gegenstand der Missionstätigkeit sein kann. Und dies wiederum bedingt, daß eine vollständige und abschließende Erfüllung des Mandates nicht zu erwarten ist.

Dennoch ist es eben diese Dehnbarkeit der Mandate, welche die mitunter beträchtlichen, aber nur in den seltensten Fällen spektakulären Erfolge der Missionen gewährleistet: In Tschetschenien konnte unter schwierigsten Bedingungen das Zustandekommen eines Waffenstillstandes befördert werden; in Georgien konnte das Südossetienproblem wenn nicht unter, so doch auf der Gewaltschwelle gehalten werden; die Mission in das 1992 subjektiv von serbischer Invasion bedrohte, objektiv unter dem UN-Embargo gegen Rest-Jugoslawien sowie unter einer griechischen Wirtschaftsblockade leidende Makedonien hatte zumindest bis zur Ankunft von UNPROFOR dort als „Trostpflaster“ für die ausbleibende internationale Anerkennung der neuen Mini-Republik eine psychologisch stabilisierende sowie hohe informationspolitische Bedeutung – zugleich fungierte sie als

Frühwarnsystem und Stolperdraht für einen potentiellen Aggressor; die Moldova-Mission konnte gemeinsam mit der rußländischen und neuerdings auch der ukrainischen Diplomatie den bis zum Sommer 1992 „heißen“ Konflikt zwischen der Zentralregierung in Chişinău und der selbsternannten „Transnistrisch-Moldavischen Republik“ auf dem Ostufer des Dnjestr einer Verhandlungslösung näherbringen, auch wenn der endgültige Durchbruch erst noch bevorsteht; die Tadschikistan-Mission hat unter widrigsten Bedingungen ein Ombudsman-Büro eingerichtet; die Ukraine-Mission hat entscheidend zur Entschärfung der sich im März 1995 dramatisch zuspitzenden Lage zwischen der Zentralregierung in Kiev und der russischsprachigen Bevölkerungsmehrheit auf der Krim beigetragen; und in Estland und Lettland konnten die Missionen zur Stabilisierung mittels partieller Entspannung der Beziehungen zwischen Titularnation und russischsprachiger Wohnbevölkerung beitragen.

Ein Schlüssel zum relativen Erfolg der Missionen ist deren flache Hierarchie und praxisorientierte Zusammensetzung. Selbst die Führungspositionen, diejenige des Missionsleiters, seines Stellvertreters und gegebenenfalls von Teamleadern, werden nicht ausschließlich mit Berufsdiplomaten, sondern auch mit Vertretern anderer Berufe besetzt. So leitete ein französischer Orientalist die Mission in Tadschikistan und ein schweizerischer Journalist diejenige in der Ukraine. Aufgrund der Sprach- und Regionalkompetenz ihrer Mitglieder sowie der zumeist hochqualifizierten Ortskräfte weisen die OSZE-Missionen in der Regel eine überaus starke Bodenhaftung auf.

Eine vorläufige Bilanz

„What is unique about the OSCE?“ hat Katherine Birmingham unlängst gefragt, und dabei vor allem auf die Kombination von kurzfristigem Krisenmanagement und langfristig angelegter Konfliktprävention verwiesen. Zugleich hat sie betont, daß das Aufgabenprofil der OSZE bezüglich ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa schärfer sei als dasjenige der Vereinten Nationen sowie praxisorientierter als das des Europarats. Hinzu kommt als weiteres wesentliches Element, daß in der OSZE als einzige paneuropäische Organisation neben der Ukraine auch die Rußländische Föderation Vollmitglied ist, der von Akmola bis Ottawa reichende Regierungszusammenschluß in Osteuropa also zunehmend weniger unter dem Odium einer „westlichen Agentur“ leidet. Die steigende Zahl von Osteuropäern sowohl in der Wiener Zentrale als auch vor allem in den Langzeitmissionen und im Haager Büro des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten trägt das ihre dazu bei; die schrittweise, aber stetige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen OSZE und Rußländischer Föderation im GUS-Bereich ist ein Beleg dafür. Denn aufgrund der ständigen Präsenz und damit hohen Visibilität bei Bevölkerung, Behörden und Regierungen in den osteuropäischen Krisenregionen sind es vor allem die Missionen, die vor Ort die „Visitenkarte“ der OSZE abgeben,

nicht die Zentrale am feudalen Kärntner Ring in Wien. Nicht zuletzt deswegen fungieren die Missionen über ihre unmittelbaren und konkreten Aufgaben hinaus als wirksame Transmissionsriemen für die Übermittlung des Wertekanons von Helsinki in die Spannungszone zwischen den EU-Ostgrenzen und der Westgrenze Chinas.

Die mittlerweile eingespielte Abstimmung der sich gegenseitig ergänzenden Tätigkeiten von Langzeitmissionen und Hohem Kommissar bei gleichzeitiger Schärfung des jeweiligen Aufgabenprofils sowie die gleichfalls im Routinefall reibungsarme Koordination zwischen Amtierendem Vorsitzenden, Ständigem Rat und Sekretariat bezüglich der OSZE-Politik vor Ort, d.h. in den Spannungsregionen Osteuropas, erhöhen Reaktionsbereitschaft und Effizienz erheblich. Dennoch gibt es mitunter innerorganisatorische Friktionen, wie etwa der ehemalige Leiter der Ukraine-Mission, der Schweizer Journalist Andreas Kohlschütter, anhand des Managements der Krim-Krise vom März 1995 durch die OSZE berichtet hat:

„Vor dem Hintergrund der Krim-Erfahrung betrifft dies vor allem die Schwachstellen in den Entscheidungsmechanismen und Kommunikationsstrukturen der OSZE. Sie spielten im Moment der kritischen Zuspitzung des Krim-Problems eine enttäuschend schwache Rolle [...]. Es fehlte eine klare, kohärente und koordinierte Führung. Die OSZE-Signale, die anlässlich der Zuspitzung der Situation im März 1995 ausgesendet wurden, waren lange Zeit widersprüchlich. Unklar abgesteckte Verantwortungsbereiche wirkten ebenso lähmend und verunsichernd wie die häufigen und langen Abwesenheiten von unersetzlichen OSZE-Entscheidungsträgern. In dem für die Krisenprävention entscheidenden Zeitpunkt wurde [...] keine gemeinsame klare und daher präventivdiplomatisch wirksame Sprache gesprochen.“

Ungeachtet dieses Negativbeispiels und der angeführten positiven Fallbeispiele kann die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg der OSZE bei der Bearbeitung der ethnopolitischen Konflikte in Osteuropa nicht abschließend beantwortet werden. „Heute“, so 1993 ein führender deutscher KSZE-Diplomat, „läßt sich nur feststellen, daß keine neuen Konflikte dort ausgebrochen sind, wo die KSZE sich engagiert hat“, und auch fünf Jahre danach muß es bei dieser begrenzten Aussage bleiben. Festzuhalten ist indes, daß die OSZE immer dort Teilerfolge bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte vorzuweisen hat, wo sie außerhalb der Konkurrenz zu den Vereinten Nationen, zur NATO oder zur Europäischen Union „kleine“ bis mittelgroße „Brötchen“ backen kann – Tschetschenien, Krim, Baltikum, Südossetien, Transnistrien, Makedonien, Ostslawonien. Die großen Konfliktbrocken wie Bosnien-Herzegowina oder Nagorno-Karabach sind für ihre noch immer embryonalen Strukturen zu unhandlich, ihr Know-how im militärischen Bereich nicht ausreichend, ihre Akzeptanz seitens größerer Partner zu gering. Mehr als die Transformation ausgebrochener und die Prävention weiterer Konflikte ist im immer noch starken Kräfte-

feld des Epochenjahrs 1989 nicht zu erwarten: Die tektonischen Verwerfungen in Staatenlandschaft und Nationengefüge Osteuropas sind vielerorts noch nicht zum Stillstand gekommen.

Stefan Troebst ist Privatdozent für Neuere sowie Ost- und Südosteuropäische Geschichte am Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU Berlin sowie Direktor des dänisch-deutschen „European Centre for Minority Issues“ (ECMI) in Flensburg. Von 1992 bis 1993 war er im Auftrag des Auswärtigen Amtes als deutsches Mitglied in der CSCE Spillover Monitoring Mission to the Former Yugoslav Republic of Macedonia tätig, von 1994 bis 1995 dann in der CSCE/OSCE Mission to Moldova.

Literatur

Birckenbach, Hanne-Margret, Preventive Diplomacy through Fact-Finding. How International Organisations Review the Conflict over Citizenship in Estonia and Latvia, Münster 1997.

Chigas, Diana, Preventive Diplomacy and the Organization for Security and Cooperation in Europe: Creating Incentives for Dialogue and Cooperation. In: Abram Chayes und Antonia Handler Chayes (Eds.), Preventing Conflict in the Post-Communist World. Mobilizing International and Regional Organizations, Washington DC, 1996, S. 25–97.

Ghebali, Victor-Yves, L'OSCE dans l'Europe post-communiste, 1990–1996. Vers une identité paneuropéenne de sécurité, Brüssel 1996.

Helsinki Monitor. Quarterly on Security and Cooperation in Europe, 1 (1989)–9 (1998).

Kohlschütter, Andreas V., Möglichkeiten und Grenzen der Präventivdiplomatie. Das Beispiel der OSZE-Mission in der Ukraine, in: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. Friedensbericht 1996, 1. Jahrbuch für Konfliktlösung, Chur, Zürich 1996, S. 125–148.

OSZE-Jahrbuch 1 (1995)–3 (1997).

The Challenge of Preventive Diplomacy: The Experience of the CSCE. Staffan Carlsson (Ed.), Stockholm 1994.

The OSCE in the Maintenance of Peace and Security: Conflict Prevention, Crisis Management and Peaceful Settlement of Disputes. Ed. Michael Bothe, N. Ronzitti, Allan Rosas. The Hague, London, Boston 1997.

Troebst, Stefan, Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1989–1998. Flensburg 1998, S. 26–32 (= ECMI Working Papers, 1).

Ders., „Dicke Bretter, schwache Bohrer“. Die Langzeitmissionen der OSZE, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Frieden machen, Frankfurt/M. 1997, S. 147–165.

Ders., Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE, in: Afrikanische Perspektiven. Friedensbericht 1998. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa, Chur, Zürich 1998, S. 347–379.

Ders., Präventive Friedenssicherung durch internationale Beobachtermissionen? Das Beispiel der KSZE-Spillover-Monitoringmission in Makedonien 1992–1993, in: Gerhard Seewann (Hrsg.), Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa, München 1995, S. 282–331.

Tudyka, Kurt P., Das OSZE-Handbuch. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Vancouver bis Wladiwostok, Opladen 1997.